



Offener Brief

An den
Herrn Bundesfinanzminister
Peer Steinbrück
Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Lüneburg, 3. März 2006

Projekt ST5142 aus dem BVWP - BAB A39

Sehr geehrter Herr Minister Steinbrück,

wir bitten Sie, die im Bundesverkehrswegeplan als Teil des Gesamtprojekts A14/A39 unter dem vordringlichen Bedarf eingestufte BAB A39 von Lüneburg nach Wolfsburg einer kritischen Überprüfung zu unterziehen mit dem Ziel, sie von der A14 abzukoppeln und ggf. ihre Streichung zu veranlassen.

Begründung:

1. Die auf niedersächsischem Gebiet geplante A39 wurde mit der von Magdeburg nach Schwerin geplanten A14 zu einem Gesamtprojekt verkoppelt, ohne dass hierfür ein verkehrlicher oder volkswirtschaftlicher Grund besteht, denn die beiden Autobahnen in Nord-/ Südrichtung sind in keiner Weise von einander abhängig. Diese unnötige fiskalische Verkoppelung soll durch eine kostenträchtige Zusatzmaßnahme im Gelände legitimiert werden, indem beide Autobahnen etwa auf halber Strecke durch eine neue dreispurige Bundesstraße als Querspange mit einander verbunden werden („Hosenträgerlösung“). Das Gesamtprojekt versucht man mit einem Nutzen-Kosten-Verhältnis von 3,4 zu rechtfertigen. Durch die unlängst bekannt gewordenen NKV der A14 mit 4,6 und der Querspange von 3,3 ließ sich der NKF der A39 mit knapp 1,9 ermitteln. Eine Autobahn mit einem solch mageren volkswirtschaftlichen Nutzen in der heutigen Zeit der knappen Haushaltsmittel realisieren zu wollen, ist ein Skandal!

2. Die A39 ist sowohl verkehrlich als auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch überflüssig bzw. unsinnig. Das belegt eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen über die Wirkungen von Autobahn-Neubauten im durch bestens ausgebaute Straßen bereits engmaschigst vernetzten Westdeutschland. Lassen Sie sich daher bitte die objektive Notwendigkeit dieses Milliarden-Projekts konkret nachweisen.
3. Die A39 bringt zusätzlichen überregionalen Verkehr in die Fläche, der ebensogut über die beiderseits parallel verlaufenden Autobahnen A7 und A14 fließen kann. Sie und die sog. Querspange verstoßen damit gegen das Gebot der Minimierung von Zerschneidungswirkungen.
4. Das Projekt sollte ursprünglich die Regionen Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen verbinden, um dem Ost- /Westverkehr eine verkehrliche Anbindung zu geben. Aus Gründen politischer Einflussnahme sollen jetzt zwei parallel verlaufende Nord- /Südautobahnen im Abstand von 50 Kilometern gebaut werden. Die Querspange wird als politische Legitimation genutzt.
5. Die A39 belastet sowohl die Natur als auch vor allem die Bevölkerung entlang der Trasse in nicht zu rechtfertigender und daher nicht hinnehmbarer Weise. Aus diesem Grund haben sich mittlerweile mehr als 30 Bürgerinitiativen gegen die A39 gebildet, und es liegen bereits mehr als 30.000 Unterschriften gegen die A39 vor. Auch ein „Schutz- und Klagefond“ mit bereits 270 Mitgliedern hat sich konstituiert, was auf eine bevorstehende Flut von Rechtsverfahren schließen lässt.
6. Die Durchsetzung dieses rein politisch motivierten Projektes stößt angesichts des Sparzwanges und der massiven Steuererhöhungen auch bei der nicht unmittelbar betroffenen Bevölkerung auf breites Unverständnis.

Zu uns selbst:

Der Verein Aktion Lebensberg e. V. mit Sitz in Lüneburg hat sich im April 2003 aufgrund der persönlichen Betroffenheit mit 120 Mitgliedern gegründet, die sich gegen den Bau der A39 zwischen Lüneburg – Wolfsburg einsetzen. Aus einem anfänglichen 'Bitte nicht bei uns', hat sich sehr schnell ein Widerstand gegen das Gesamtprojekt ergeben, nachdem wir uns in die Themen eingearbeitet hatten und verstehen konnten, dass es gesamtwirtschaftliche Aspekte nicht gibt. Als erste der Bürgerinitiativen sind wir Gründungsmitglied im 'Dachverband der Bürgerinitiativen gegen die A39'. Inzwischen setzen sich über 30 Bürgerinitiativen der Region gegen dieses zweifelhafte Projekt ein.

Zu Ihrer weiteren Information legen wir diesem Schreiben die Informationsbroschüre „KEINE! A 39“ bei.

Wir hoffen, dass Sie dieses Schreiben nicht nur als Kampfmaßnahme von Betroffenen, sondern vor allem auch als Vorschlag aus der Bevölkerung zu sinnvollen Einsparungen verstehen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Weerda

Stefan Kuhlmann

Anlagen:

- Broschüre des Dachverbands der Bürgerinitiativen gegen die A39
- Ermittlung des NKV der A39

Zur Kenntnisnahme:

- Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee
- Ministerpräsident Christian Wulff, Niedersachsen
- Bundesrechnungshof, Berlin
- Presseverteiler des ‚Dachverbands der Bürgerinitiativen gegen die A39‘